grh Mitteilungen 8/25

Gesellschaft zur Rechtlichen und Humanitären Unterstützung e.V.
AG Charlottenburg VR 14285 B
Franz-Mehring-Platz 1 ★ 10243 Berlin ★ Telefon: 030 2978 4225 ★ E.-Mail: grh-berlin@gmx.de
Internet: www.grh-ev.org ★ Geschäftszeiten:Dienstag und 1.Donnerstag im Monat 09.00 bis 14.00 Uhr
Konto bei der Berliner Volksbank, IBAN: DE53 1009 0000 5788 9000 09 BIC: BEVODEBB
Herausgeber: Der Vorstand ★ V.i.S.d.P. : Hans Bauer

Atommacht Deutschland verhindern!

Hans Bauer

In diesen Tagen gedenken wir der Atombombenabwürfe der USA vor 80 Jahren auf die japanischen Städte Hiroshima und Nagasaki. Als der Weltkrieg längst entschieden und beendet war. Schreckliche Demonstration einer Weltmacht, für die Menschenleben seit jeher keine Rolle spielen. Über 200 000 Todesopfer, unzählige Verletzte und schwerste Zerstörungen waren die Folge. Und bis heute noch zu spüren. Die Opfer sollten für alle Zeiten Warnung sein.

Die Abwürfe der Bomben war das erste und bislang das einzige Mal, dass diese Waffe bewusst und gewollt gegen Menschen eingesetzt worden ist. Angesichts ihrer Gefahr für die Menschheit sind ihre Begrenzung und Kontrolle seit Jahrzehnten Gegenstand von Auseinandersetzungen, Verhandlungen und Verträgen. Wichtiges Element eines militärischen Gleichgewichts im Kalten Krieg zweier Systeme zur Erhaltung eines fragilen Friedens. Inzwischen verfügen neun Staaten über Atomwaffen. Die Sowjetunion und der Warschauer Vertrag, Hauptrivale im Systemstreit, existieren nicht mehr. Nun beansprucht die „einzige“ Weltmacht, die USA, international das Sagen. Und muss um ihre Dominanz bangen. Auch in Sachen Atompolitik. Noch entscheidet sie, wer Atomforschung betreiben darf und wer nicht. Israel z. B. kann Atomwaffen besitzen und Kriege führen, Iran darf keine Forschung betreiben. Seine Atomanlagen werden sogar völkerrechtswidrig bombardiert. Obwohl dort keine Atombomben lagern, wie selbst US-Geheimdienste feststellen.

Mit ihrer Fokussierung auf den „Konkurrenten“ China haben die USA ihren europäischen Satelliten höhere Verantwortung für die eigene Sicherheit zugewiesen. Um gegen eine angeblich russische Aggression gewappnet zu sein, werden von diesen Staaten Rüstungsausgaben und -produktion massiv erhöht, ihre Länder weiter militarisiert und der Ukraine-Krieg offensiv unterstützt. Gegen Russland wird das 18. Sanktionspaket beschlossen. Deutschland, schon lange gierig nach einer Führungsrolle, zumindest in Europa, sieht jetzt die Chance, sich neu in Stellung zu bringen. Seine Strategie der „Kriegstüchtigkeit“ noch zu toppen. Seine Positionen sind günstig: weltweite NATO-Drehscheibe in Ramstein, dem größten USA-Stützpunkt außerhalb des eigenen Landes, Lagerung von etwa 20 Atomwaffen vom Typ B61 in Büchel, nahezu 40 000 US-Soldaten in mehr als 20 deutschen Standorten, geplant bis zu 5 000 Bundeswehrsoldaten in Litauen, Aufbau der stärksten konventionellen Armee Europas. Fehlt nur noch Verfügungsgewalt über eigene Atomwaffen. Zumindest eine Teilhabe. Daran wird nun vom Kriegskanzler Merz und seinem Umfeld gearbeitet. Nachdem er ein europäisches System nuklearer Abschreckung ins Gespräch gebracht hatte, wurde sein Unionsfraktionschef Spahn deutlicher. Deutschland müsse eine Führungsrolle spielen bei einem europäischen Atomwaffenschutzschirm, meint er. Eine gewisse Teilhabe mit Atombombenbestückung von Kampfflugzeugen reiche nicht. „Wer nicht nuklear abschrecken kann, wird zum Spielball der Weltpolitik“, so Spahn. Unterstützt wird er von der AfD, die ein deutsches Atomwaffenprogramm in der konkreten Situation als „logische Konsequenz" sieht.

Dass der „Zwei-plus-Vier-Vertrag“ solche Waffen

für das vereinte Deutschland verbietet, interessiert nicht.
Noch wird nach erstem Widerstand gegen deutsche Atomwaffen von Merz abgewiegelt. Der Startschuss für eine Atommacht Deutschland ist aber gegeben. Die Vollendung muss unbedingt verhindert werden.
80 Jahre nach dem Sieg über den Faschismus, der bis zuletzt mit einer „Wunderwaffe“ seine Feinde noch vernichten wollte,
80 Jahre nach dem sinnlosen Einsatz der Atombombe, mit dem die USA ihre Stärke beweisen wollten,
dürfen deutsche Politiker, die in der Tradition imperialistischen Großmachtstrebens stehen, unter keinen Umständen Verfügungsgewalt über atomare Waffen erlangen.
Aus historischen, moralischen und rechtlichen Gründen müssen sie mit der Kraft einer starken Friedensbewegung gezwungen werden, die Hände von solchen Waffen zu lassen.

Beschluss des Vorstandes der GRH vom 1. Juli 2025

1. Bildung ständiger Arbeitsgruppen des Vorstandes:
   AG Betreuung/Solidarität unter Leitung von Günter Seidel;
   AG Kundschafter unter Leitung von Gisbert Heilemann, unterstützt durch Karl Rehbaum;
   AG Grenze unter Leitung von Roland Gödicke;
   Den **Bereich Sicherheit** bearbeitet Reiner Neubert unter Einbeziehung kompetenter Mitglieder der GRH.
2. Bildung nichtständiger Arbeitsgruppen des Vorstandes:
   AG zur Überarbeitung der Geschäftsordnung bestehend aus Hans Bauer, Dieter Stiebert und Gisbert Heilemann;
   AG zur Überarbeitung der Finanz- und Kassenordnung und der damit in Verbindung stehenden „Richtlinie zur Gewährleistung der materiellen und humanitären Unterstützung“ sowie des Beschlusses vom 03.02.2009 „Das Prinzip Sparsamkeit“ bestehend aus Günter Seidel und Ernst Hornig;
   AG zur Aktualisierung der Internet-Seite der GRH bestehend aus Hans Bauer, Dieter Stiebert, Reiner Neubert und Roland Gödicke.
3. Der Vorstand bestellt gemäß Satzung § 11 (6) Dieter Stiebert zum Geschäftsführer.
4. Die Bereiche Finanzen und Mitgliederbewegung werden getrennt. Ernst Hornig ist zuständig für den Bereich Finanzen, Dieter Stiebert für den Bereich Mitgliederbewegung. Es wäre eine wesentliche Arbeitserleichterung für den Schatzmeister, wenn die Beitragszahlung nicht monatlich durch Überweisung von 3,00 € erfolgt, sondern bestenfalls mit einer Zahlung für das Jahr.
5. Der Vorstand bestätigt die bisherigen Öffnungszeiten der Geschäftsstelle dienstags und jeden 1. Donnerstag im Monat jeweils von 9:00 bis 14:00 Uhr.
6. Ebenfalls wird bestätigt, jeweils am 1. Dienstag des Monats die Vorstandssitzung abzuhalten und den Postversand an die TAG und Mitglieder zu gewährleisten.

Aus dem Leben der TAG Plauen

Gerrit Kaiser

Für die "Freunde der Grenzkompanie Posseck" war es von großem Interesse und auch
Wertschätzung ihrer Arbeit, als der Vorsitzende der Kameradschaft "Florian Geyer", Oberstleutnant a.D. Harald Hentschel, über seine Moskau-Reise anlässlich des 80.Jahrestages des Sieges und der Befreiung vom Hitlerfaschismus berichtete.
Anzumerken ist, dass Genosse Hentschel das Kampfbanner einer Gardeeinheit der Roten Armee, das den Kampf- und Siegesweg von Stalingrad bis Berlin erlebte, als Reisebegleiter nach Moskau mitnahm.
Die Mitglieder unserer TAG haben zum 80. Jahrestag an verschiedenen Einrichtungen,
wie Denkmale, Soldatengräber, Friedhöfen, Gedenksteinen u.a. Ehrungen für die Opfer des Faschismus durchgeführt. In Greiz nahmen auch offizielle Vertreter der Russischen Föderation teil.
Besonderen Anklang fand die Beteiligung unserer TAG an Standorten der Republik Tschechien, die finanziell durch den Vorstand der GRH unterstützt wurde, dafür unser Dank.

Widerstand gegen das Hitler-Regime

Raimon Brete, TAG Chemnitz

Nach mehr als elf Jahren faschistischer Diktatur, nach fünf Jahren eines verheerenden Krieges, der

sich jetzt den Grenzen seines Ursprungslandes näherte, erhob sich eine heterogene Gruppe von Politikern, Verwaltungsbeamten, Offizieren und Generälen gegen das herrschende Regime. Es war eine Gruppe von Menschen, die bisher diesem Regime gedient hatten.

Am 20. Juli 1944, gegen 12:40 Uhr, versuchte eine um Claus Schenk Graf von Stauffenberg formierte Gruppe, Adolf Hitler mit einem Bombenanschlag zu töten. Wenige Minuten später kommt es in der „Wolfsschanze“, Hitlers „Führerhauptquartier“ bei Rastenburg (heute Kętrzyn, Polen), zur Explosion. Mindestens vier der vierundzwanzig Anwesenden werden getötet - Hitler überlebt leicht verletzt.

Mit diesem Attentat verbanden sich die Ziele, sowohl den Zweiten Weltkrieg als auch die faschistische Herrschaft zu beenden und einen bürgerlichen Staat zu installieren.

Der Umsturzversuch im „Führerhauptquartier Wolfsschanze“ scheiterte; Hitler wurde lediglich leicht verletzt und überlebte. Danach begann das nationalsozialistische Regime mit der Verfolgung der beteiligten Personen. Viele wurden zum Tode verurteilt, ermordet oder wählten den Freitod. Auch Familienangehörige der Beteiligten wurden in „Sippenhaft“ genommen.

Das Attentat wurde lange geplant und umfasste ein umfangreiches, konspiratives Netzwerk von über 200 Personen. Es bestanden Kontakte zum Kreisauer Kreis.

Die Widerstandsgruppe um Helmuth James Graf von Moltke und Carl Goerdeler befasste sich seit dem Frühjahr 1942 mit der Planung eines Sturzes von Hitler. Über General Friedrich Olbricht kam Stauffenberg in Verbindung mit Carl Goerdeler und Ludwig Beck und schloss sich ihren aktiven Widerstandsbemühungen an.

Stauffenberg war zunächst kein ausgesprochener Gegner des faschistischen Regimes. Er begrüßte sogar einige der Grundideen des Nationalsozialismus. Unter dem Eindruck von Hitlers aggressiver und brutaler Kriegsführung, der Massenmorde an Juden und der Zivilbevölkerung in den besetzten Gebieten, fand er letztendlich zur Widerstandsbewegung.

Nach der Schlacht um Stalingrad und der vollständigen Niederlage der faschistischen Wehrmacht wurde 1943 das Nationalkomitee Freies Deutschland (NKFD) gegründet. Dies war eine antifaschistische Militärorganisation von deutschen kriegsgefangenen Soldaten, Offizieren und Generalen mit kommunistischen deutschen Emigranten in der Sowjetunion. Mitglieder der Organisation beschäftigten sich mit propagandistischen Tätigkeiten und waren an der Seite der Roten Armee im Kampf an vorderster Front durch aktive militärische Gruppen engagiert. Sie verbanden direkte verbale Aufklärung mit der Beschaffung nachrichtendienstlicher Informationen, militärischer Lageerkundung, Sabotage und dem Kampf gegen die Wehrmacht, SS und faschistische Sicherheits- und Verwaltungsstrukturen.

Drohnenmorde legalisiert (entnommen der UZ vom 18. Juli 2025)

Das Bundesverfassungsgericht hat am Dienstag (15.07.25) eine Klage zurückgewiesen, mit der die Bundesregierung aufgefordert werden sollte, Drohnenmorde der US-Streitkräfte zu unterbinden, die über die Militärbasis in Ramstein koordiniert werden. Zwei Kläger aus dem Jemen, die im Jahr 2012 Verwandte bei US-Drohnen-Einsätzen verloren hatten, hatten die Verfassungsbeschwerde eingereicht, nachdem das Bundesverwaltungsgericht ihre Klage abgewiesen hatte. Bereits im Jahr 2010 hatte das US-Militär die Bundesregierung über den Aufbau einer Satelliten -Relaisstation zur Steuerung waffenfähiger Drohnen in Ramstein informiert. Die Bundesrepublik hatte nichts unternommen, um die völkerrechtswidrigen Kriegseinsätze und Morde an Zivilisten zu stoppen. Laut Medienberichten begründete das Verfassungsgericht sein Urteil damit, dass nicht festgestellt werden konnte, dass *„die USA in dem nicht internationalen bewaffneten Konflikt im Jemen unvertretbare Kriterien zur Abgrenzung legitimer militärischer Ziele von geschützten Zivilpersonen anwenden“.*

Anfrage von Dieter Stiebert an Sender Radio Jerewan, jetzt Eriwan: Könnte Frauke Brosius-Gersdorf von der Universität Potsdam, wenn sie als Richterin des Bundesverfassungsgerichts doch noch gewählt werden sollte, mir/uns in verständlicher deutscher Sprache erklären, was das BVerfG eigentlich mit diesem Urteil sagen will, was es nicht feststellen konnte? Antwort:

Könnte sein, aber noch ist sie nicht gewählt, denn die Querelen um ihre Person zwischen CDU/CSU und SPD halten an. (*siehe auch UZ vom 25.07.25, S. 5)*

Der Vorstand der GRH gratuliert sehr herzlich allen Geburtstagskindern im Monat August und wünscht ihnen beste Gesundheit, viel Glück und ein weiterhin erfülltes Leben. Unser besonderer Gruß gilt den folgenden Jubilaren:

zum 95. Geburtstag
Jürgen Mai, Halle
Hans-Joachim Zabel, Magdeburg

zum 93. Geburtstag
Klaus-Dieter Albrecht, Königs Wusterhausen
Hans Hörath, Frankfurt/Oder

zum 91. Geburtstag
Jutta Wätzig, Dresden

zum 90. Geburtstag
Werner Teichmann, Leipzig

zum 85. Geburtstag
Werner G. Fischer, Berlin
Ulrich Holletz, Berlin
Klaus Schubert, Dresden
Horst Hommel, Berlin
Dietmar Schröter, Berlin

zum 80. Geburtstag
Peter Bauer, Weißenfels

zum 75. Geburtstag
Lotar Heistermann, Chemnitz
Helmut Wallborn, Jerchel

Buchempfehlung

Bruno Baum: „Die letzten Tage von Mauthausen“
Verlag Neues Leben, Berlin 2025
ISBN 978-3-355-01926-2, 223 Seiten, 16,00 €
Mit einem Nachwort des KZ Verband/VdA OÖ und des GRH-Vorsitzenden Hans Bauer, der der Witwe Bruno Baums, unserem Mitglied Erika Baum, im Namen der GRH das Buch zum 100. Geburtstag überreichen konnte.
Übrigens: Das Buch ist auch in der Geschäftsstelle erhältlich.

Veranstaltungshinweise

Deutsche Faschisten haben ihn ermordet, westdeutsche Juristen haben verhindert, dass seine Mörder bestraft wurden, wir gedenken seiner und erfüllen sein Vermächtnis - Ernst Thälmann

„ In der Arbeiterbewegung aller Länder führte die russische Revolution zur Scheidung der Geister. Wer die Lehren dieser größten Umwälzung der Weltgeschichte nicht begriff, wer sich nicht vorbehaltlos und bedingungslos mit dem Proletarierstaate solidarisierte, der landete sehr rasch im Lager der Gegenrevolution."
Worte Ernst Thälmanns zum 10. Jahrestag der Großen Sozialistischen Oktoberrevolution 1927.
Anlässlich des 81. Jahrestages der Ermordung Ernst Thälmanns im KZ Buchenwald finden in vielen deutschen Städten Gedenkveranstaltungen statt, u.a. in Hamburg in der Gedenkstätte im Wohnhaus, in Weimar am Thälmann-Denkmal, im Hof des Krematoriums des KZ Buchenwald, dem Ort seiner Ermordung, am 23.08.25, 14:00 Uhr, am Ernst-Thälmann-Denkmal in Berlin-Prenzlauer Berg und am 24.08.25, 11:30 Uhr, an der geschändeten Gedenkstätte in Ziegenhals.

Wir erinnern an das traditionelle **Grenzertreffen der GRH,** gemeinsam mit dem Verband zur Pflege der Traditionen der NVA und der Grenztruppen der DDR, am 13. September 2025, Beginn 09:30 Uhr, in Bestensee.
Es steht im Zeichen der 80. Jahrestage der Befreiung vom Faschismus, der Bildung der Grenzpolizei/Grenztruppen, der Gründung der Volkspolizei und des Ministeriums für Staatssicherheit.
Eingeladen sind ehemalige Grenzer, Volkspolizisten, Mitarbeiter des MfS und weitere Sympathisanten.

Wir gedenken unseres verstorbenen Mitgliedes

Wolfgang Eschka aus Hönow
Er verstarb am 8. Juli 2025
im Alter von 79 Jahren

Unser Mitgefühl gilt allen Hinterbliebenen
Der Vorstand, TAG Strausberg,
AG Kundschafter